

Zeitschrift: Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz
Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat
Band: 87 (2012)
Heft: 3

Artikel: Krieg, Frieden, Tyrannei : eisige Konfrontation
Autor: Forster, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-715004>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Krieg, Frieden, Tyrannei: Eisige Konfrontation

Die klirrende Kälte hielt München während der 48. Sicherheitskonferenz vom 3. bis 5. Februar 2012 eisern im Griff. In der Bannmeile rund um den Bayerischen Hof lösten sich die Polizisten zügig ab, damit ihnen unter den Sturmhauben nicht die Nasen abfroren. Eisig waren zur Tyrannei in Syrien, zur iranischen Atomrüstung und zum NATO-Raketenschirm auch die Konfrontationen im Plenarsaal und den Salons des noblen Konferenzhotels.

VON DER 48. MÜNCHNER SICHERHEITSKONFERENZ BERICHTET CHEFREDAKTOR PETER FORSTER

Wie immer zeichnete sich die Tagung durch ein Grossangebot an Staatspräsidenten, Ministern und Generalen aus. Hinzu kamen die präzise Themenwahl und ein strafes Programm ohne Leerphasen.

Selbst Persönlichkeiten wie Staatssekretärin Hillary Clinton oder der ukrainische Präsident Viktor Janukowitsch waren dem bewusst knapp bemessenen Zeitplan streng unterworfen. Botschafter Wolfgang Ischinger, der Konferenzchef, zwang die Redner zu konzisen Voten; so entstand kein hohles Gerede.

USA gegen Russland

Im Freien zeigte das Thermometer sibirische 20 Grad unter Null, als am 4. Februar der russische Aussenminister Sergei Lawrow seiner amerikanischen Amtskollegin Clinton und dem Pentagon-Chef Leon Panetta gegenübertrat.

Drei Konfliktfelder beherrschten den Zusammenprall der USA mit Russland, und alle drei wurden in München verschärft, nicht gelöst:

- Die Konfrontation zu Syrien und dem fürchterlichen Blutbad, das die Asad-Truppen auch während der Konferenz wieder anrichteten.
- Das russische Misstrauen gegenüber dem Raketenabwehrschirm, den die NATO errichten will.
- Und der erbitterte russische Widerstand gegen jegliche Versuche, die NATO noch weiter nach Osten zu erweitern, insbesondere in Richtung Ukraine oder Georgien.

«Lizenz zum Töten»

Doch eines nach dem anderen. Beginnen wir mit der Konfrontation, die den ganzen 4./5. Februar beherrschte. Ausgerech-



Hillary Clinton am 4. Februar 2012 – vor den gescheiterten Syrien-Verhandlungen.

net zum Jahrestag des Massakers von Hama 1982, als Hafiz al-Asad rund 10 000 Muslimbrüder umbringen liess, schlachteten in Homs die Truppen von Baschar al-Asad Hunderte Rebellen ab.

- Am Morgen des 4. Februars gab Hillary Clinton der Hoffnung Ausdruck, der UNO-Sicherheitsrat werde sich zu einer scharfen Resolution gegen das syrische Regime durchringen.

- Lawrow entgegnete schon auf dem Podium, Russland und China würden verhindern, dass die Vereinten Nationen Syrien verurteilten. Die beiden Mächte würden gegen jegliches Eingreifen in die interne Politik Syriens das Veto einlegen.
- Lawrow und Clinton verhandelten dann hinter verschlossenen Türen mehrere Stunden lang im Bayerischen



Ein aufmerksamer Zuhörer: Leon Panetta, Chef des Pentagons.



Aussenminister Westerwelle stellt sich den Korrespondenten.

Hof. Die Staatssekretärin suchte ihren russischen Widerpart in Anbetracht der Hiobsbotschaften aus Homs zum Einlenken und einer schnittigen Resolution zu bewegen.

- Laufend übermittelten die beiden Protagonisten ihre Weisungen an die jeweiligen UNO-Abordnungen in New York. Bis zuletzt hoffte Clinton auf einen freundlichen Ausgang der zähen Gespräche.
- Vergebens! Am Abend musste die Staatssekretärin eingestehen, der Durchbruch sei nicht gelungen. In New York stimmten im Sicherheitsrat wohl 13 der 15 Mitglieder gegen Syrien; allein Russland und China liessen die Resolution scheitern.
- Damit erteilten die beiden Siegermächte dem Asad-Regime, wie die jemenitische Nobelpreisträgerin Ta-wakkul Karman anmerkte, die «Lizenz zum Töten».

Gegen Iran, nicht Russland

Hart prallten die USA und Russland auch in der Frage der Raketenabwehr aufeinander. Die NATO plant gegen Iran einen neuen Abwehrschirm:

- Die Türkei erklärte sich bereit, für das System ein Radar zu übernehmen.
- In Rumänien will das Bündnis Abwehr raketen stationieren.
- Spanien soll seine Häfen für die amerikanischen Aegis-Schiffe öffnen, die der Raketenabwehr dienen.
- Und die Niederlande wollen vier Freigatten mit Radarfrühwarngeräten für das System aufrüsten.

Wie in München Hillary Clinton und Leon Panetta darlegen, gefährde der Plan Russlands Sicherheit nicht.

Bei Lawrow stiessen die beiden Amerikaner auf taube Ohren. Wie der Russe wetterte, habe das neue System nur ein Ziel: Es solle die russischen Atomwaffen ausschalten.

Ukraine und Georgien

Eine weitere Ausdehnung der NATO gegen Osten kam nur am Rande zur Sprache; doch liessen russische Delegierte keinen Zweifel daran offen, dass der Nordatlantikpakt gegen Osten an seine äussersten Grenze gestossen sei.

In Georgien habe im Sommer 2007 die militärische Niederlage des Präsidenten Michel Saakaschwili die Lage geklärt, und die Ukraine habe ihre Ambitionen mit der Machtübernahme von Viktor Janukowitsch zurückgeschraubt.

In München hatte Saakaschwili als Überraschungsgast einen matten Auftritt. Er beklagte die Besetzung von Südossetien und Abchasien, ohne viel zu erreichen.

Schlank und schnittig

Sehr viel schwerer wog die Rede Leon Panettas, den die *Frankfurter Allgemeine* am 3. Februar als «Abbrucharbeiter» begrüsst hatte. Der 74-jährige frühere CIA-Chef und jetzige Verteidigungsminister legte dar, weshalb und wie die USA das strategische Gewicht verschieben:

- Wie andere Staaten litten die Vereinigten Staaten unter einer schweren Finanzkrise. Das Pentagon habe neue Richtlinien erarbeitet, die eine Chance

darstellten: «Wir fassen die amerikanischen Streitkräfte neu, wir machen sie schlanker und schnittiger.»

- «Die USA bleiben die stärkste Macht der Welt. Wir schneiden nicht zu tief ins Fleisch.» Die Atomrüstung in Nordkorea und Iran, die Lage im Nahen Osten und der *Cyberwar* beanspruchten Washingtons Aufmerksamkeit.
- Die neuen Streitkräfte träten kleiner und schlanker auf. Aber sie stünden technisch an der Spitze: hochmobil und weltweit schnell einsetzbar.

Weg von Europa?

Mit Spannung erwarteten die rund 300 Konferenzteilnehmer Panettas Präzisierungen zur Verlagerung des amerikanischen *Center of gravity*, des strategischen Schwergewichts. Panetta blieb die Antwort nicht schuldig:

- Die USA verstärkten ihre Präsenz im pazifischen Raum und im Mittleren Osten.
- Die Kräfte in Europa würden etwas reduziert. Amerika behalte indessen eine robuste Präsenz «in der alten Welt.» Die USA setzten weiterhin auf die Partnerschaft mit bewährten Verbündeten.
- Die amerikanische Präsenz bleibe in Europa stärker als auf irgendeinem anderen «Kriegstheater». Europa bleibe für die Vereinigten Staaten von existenzieller Bedeutung.
- Die amerikanischen Streitkräfte wehrten auch in Zukunft auf der ganzen Welt jeden Gegner ab. Die Planer entwickelten zusätzlich zu den bestehen-

den Stärken mehrere Schlüsselemente neu, namentlich Sondertruppen, Drohnenverbände und Stäbe für den Cyberwar.

Europa muss mehr leisten

Im Detail bekräftigte Panetta Amerikas Willen, die Raketenabwehr auszubauen. Und das Pentagon stärke die NATO:

- Die USA investierten in den gemeinsamen Nachrichtendienst und eine effizientere Logistik.
- Verstärkt würden namentlich zwei Kampfbrigaden in Polen plus ein robustes Luftwaffen-Detachement.
- Amerika stehe zum Artikel 5 der NATO-Charta und zur *NATO Response Force* (NRF). Das Pentagon bestimme eine Brigade, die zur NRF stosse und in Deutschland trainiere.
- Umgekehrt erwarteten die USA von den europäischen Partnern stärkere Anstrengungen. Selbst mitten in der Finanznot brauche die NRF das Engagement aller Verbündeten.

2014 – oder doch 2013?

Dann kam Panetta auf Afghanistan zu sprechen. Man hätte eine Stecknadel fallen hören, als er Amerikas Zeitplan darlegte:

- Präsident Obamas Ziel bleibe es, dass die USA den Afghanen die Verantwortung 2014 übertragen.
- Allerdings bestehe die Hoffnung, dass die Afghanen den Kampf gegen die Taliban schon 2013 allein führen können. Am Rande der Konferenz zirkulierte eine Afghanistan-Karte, die dafür Regionen bereits ausscheidet.

- Panetta weiter: Die USA blieben zum Kampf gegen die Taliban gerüstet. Sie harrten solange aus, als das nötig sei. Die afghanischen Truppen beherrschten 50 Prozent des Territoriums.
- Es gelte das Versprechen: *In together, out together*: miteinander hinein, miteinander hinaus. Die Verbündeten müssten zusammenhalten; der Weg lasse sich nicht abkürzen.

Zweifel an den Afghanen

Dem wahlpolitischen Spiel mit der Jahreszahl 2013 widersprach Panettas deutscher Amtskollege Thomas de Maizière.

Die Alliierten hätten den Afghanen das Wort gegeben: «Wir lassen Euch nicht im Stich.» Auf der NATO-Tagung in Chicago müsse das Bündnis am Jahr 2014 festhalten; zudem sei für die Zeit nach 2014 ein Beitrag zu planen, der die Stabilität gewährleiste.

Es sei angemerkt, dass die amtliche Zuvorsicht in den Couloirs der Konferenz auf Skepsis stiess: Mit dem Erstarken der Taliban wird ab 2014 gerechnet.

Panetta hob hervor, dass die afghanischen Streitkräfte Fortschritte erzielten. Doch Kenner erinnerten daran, dass die Aufständischen derzeit ihr Pulver trocken halten – um dann nach dem amerikanischen Abzug zuzuschlagen.

Unzufriedene Polen

Unzufrieden mit den USA ist Polen. Präsident Bronislaw Komoroski hatte in München einen kraftvollen Auftritt. Polen sei realistisch. Die Regierung habe mehrere Anläufe unternommen, um das Verhältnis zu Russland zu entspannen – umsonst!

Die Hoffnung bestehe, dass sich das nach der russischen Präsidentenwahl ändere; aber es könnte ja Wladimir Putin gewählt werden, womit dann alles beim alten bleibe.

Über die Verlagerung in den pazifischen Raum sei Polen unglücklich. In Europa lauerten nach wie vor Gefahren. Die neue Ausrichtung der USA sei unumkehrbar. Um so inniger rufe Polen die europäischen Verbündeten auf: «Hört auf, unsere internen Probleme zu pflegen. Sonst erstarren wir in Stagnation.»

Asiens Aufstieg

Wenden wir uns dem Pazifik zu. Der chinesische Vize-Aussenminister Zhang Zhijun hielt eine Rede, die in der Konferenz teilweise auf Unglauben stiess:

- Asien Sorge selber für seinen Aufstieg: «Die Schwerkraft verlagert sich nach Asien. Wir bieten mehr Beschäftigung, wir besitzen die grösseren Märkte.»
- Viele asiatischen Völker seien unterdrückt worden. China stehe «für Freiheit und Demokratie»!
- Die Völker Asiens bestimmten ihr Schicksal selbst; «Wir fordern Respekt, gleiche Behandlung und eine gerechte Weltordnung.»
- Allerdings sei China noch ein Entwicklungsland. Aber China lege zu, und in den kommenden Jahrzehnten werde es seine Stärke ausspielen.

Nun ist die Münchner Tagung vorrangig der *Sicherheit* gewidmet. Um so gespannter erwarteten die Zuhörer Zhang Zhijuns Gedanken zur Verlagerung der amerikanischen Streitkräfte in den pazifischen Raum.



Rüstig mit 89 Jahren: Henry Kissinger.



Italiens neuer Regierungschef Mario Monti und Josef Ackermann, Deutsche Bank.

Wie der Chinese ausführte, ist Peking namentlich an offenen Seewegen interessiert. China habe nun mehr als eine Milliarde Menschen zu ernähren. Konkret:

- China brauche offene Korridore im und zum *Südchinesischen Meer*. China habe keinerlei Interesse an einer kriegerischen Entwicklung in dieser Zone.
- Ebenso liege China am Frieden im *Ostchinesischen Meer*. Jedermann spreche dort vom Konflikt. China suche jedoch nicht den Konflikt, im Gegenteil.

McCain gegen China

John McCain, Senator von Arizona und Präsidentschaftskandidat von 2008, erinnerte den chinesischen Gast an die Wirklichkeit:

- Immer wieder provoziere China seine Nachbarn. Der chinesische Machtanspruch im Chinesischen Meer müsse mit aller Kraft bekämpft werden.
- China unterdrücke das tibetanische Volk und verletze die Menschenrechte. Der wahre Führer von Tibet sei der Dalai Lama.
- Die USA hätten ein Interesse an der friedlichen Entwicklung Chinas. Doch sie verstärkten ihre Präsenz in Japan, auf Guam und in Südkorea.

Zu Hillary Clinton und Panetta gewandt, rief der Marine-Offizier McCain aus: «Es muss ein Ende sein mit dem Abbau unserer Streitkräfte. Wir dürfen keine weiteren Verbände mehr auflösen. Wir müssen vor allem unsere maritime Stärke bewahren.»

Ins gleiche Horn wie McCain stiess der australische Aussenminister Kevin Rudd: Bald werde China die stärkste Wirtschafts-

macht sein. Damit nehme zum erstenmal ein totalitärer Staat diese Stellung ein. China missachte die Menschenrechte und pflege andere Werte als zum Beispiel Australien.

Schön wäre eine *Pax Pacifica*, der Frieden im Pazifik. Diesem Ideal stünden entgegen: Nordkorea mit der Atomrüstung, der Konflikt um Taiwan, die Unterdrückung der Tibeter und ungelöste Grenzkonflikte.

Feuriger Appell

Schliessen wir mit dem Orient. Den Auftakt machte mit einem feurigen Appell die jemenitische Freiheitskämpferin Tawakkul Karman. «Im Namen der arabischen Jugend» rief sie den Westen dazu auf:

- «Ziehen Sie die Botschafter aus Damaskus ab.»
- «Und weisen Sie Asads Diplomaten aus ihren Hauptstädten aus.»

Denn Baschar al-Asad sei ein Verbrecher. Zur Lage in Jemen hielt die Nobelpreisträgerin fest, die Macht liege nach wie vor in der Hand des Saleh-Clans. Die USA und die europäischen Staaten müssten die Guthaben des Clans einfrieren. Die Familie Saleh gehöre vor ein internationales Strafgericht.

Scheich Hamad al-Thani, Premier- und Aussenminister von Katar, unterschied zwischen Libyen und Syrien. Gegen Gaddafi habe die internationale Gemeinschaft rasch handeln *können*: «Sonst hätte Gaddafi Bengazi dem Erdboden gleichgemacht.»

Gegenüber Baschar al-Asad verhindern Russland und China das wirksame Handeln. Katar habe sich wie im Fall Libyen um ein internationales Bündnis bemüht. Doch der russisch-chinesische Widerstand bringe den besten Willen zu Fall.

Maurer in München

In München nahmen die Schweizer Ueli Maurer und Josef Ackermann teil.

Bundesrat Maurer nutzte den Anlass zu bilateralen Gesprächen. Am 4. Februar 2012 traf er den polnischen Amtskollegen Tomasz Siemoniak zu einem Gedankenaustausch über die Kooperation in der Ausbildung.

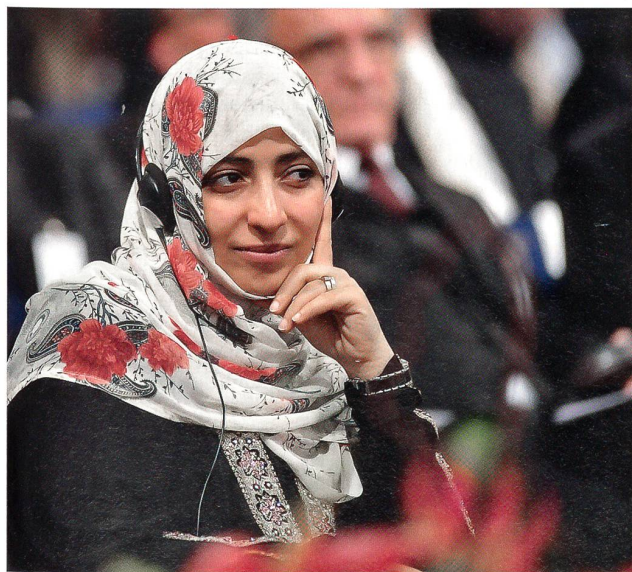
Ackermann, Schweizer Artillerie-Oberst und abtretender Chef der Deutschen Bank, entwarf auf dem Podium Gedanken zur Überwindung der Krise.

Pointiert meinte ein Kommentator, der heimliche Gast in München sei Iran mit seiner Atomrüstung. Der israelische Vize-Aussenminister Daniel Ayalon liess keinen Zweifel offen, dass Israel notfalls auch militärisch handeln werde.

Soll Israel zuschlagen?

Lindsey Graham, Senator von South Carolina, fragte: «Soll Israel zuschlagen?» Aufschlussreich lauten die Antworten:

- Scheich al-Thani: «Nein, das ist keine Lösung, wir setzen auf Sanktionen.»
- Joe Lieberman, Senator von Connecticut: «Wir nehmen Irans Nuklearrüstung auf keinen Fall hin. Wir beten, dass die Sanktionen wirken. Wenn nicht, müssen wir militärisch eingreifen; dafür gibt es im Kongress in beiden Parteien die Mehrheit.»
- Der türkische Aussenminister Ahmet Davutoglu: «Nein, wir wollen keinen Krieg, wir verhandeln.»



Tawakkul Karman, Jemen, Trägerin des Friedensnobelpreises.



General Hertling, USA, und Micheil Saakaschwili, Georgien.

Bilder: Mörk/Plitt/Zweiz